

II-3759 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN
ROBERT GRAF

Zl. 10.101/58-XI/A/1a/88

Wien, 1988 04 13

1609/AB

1988 -04- 15

zu 1625/J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1625/J betreffend Leistungen für den Bezirk Wiener Neustadt in der laufenden Legislaturperiode, welche die Abgeordneten Grabner, Dr. Stippel und Genossen am 24. Februar 1988 an mich richteten, beehre ich mich zu den Punkten 1, 2 und 3 der Anfrage bzw. zu Punkt 4 der Anfrage - soweit Aussagen möglich sind - wie folgt Stellung zu nehmen:

AUSSENHANDELSPOLITIK

Leistungen der Handelspolitik werden grundsätzlich für Österreich als Ganzes erbracht, direkte Maßnahmen für einen Bezirk sind selten zu registrieren und sind insbesondere im Falle des Bezirkes Wiener Neustadt nicht auszuloten.

Zweifellos können aber auch allgemeine Maßnahmen der Handelspolitik direkte oder indirekte Auswirkungen auf einen politischen Bezirk haben. Dazu zählen etwa die Bemühungen zur Unterstützung von Exporten im Rahmen gemischter Kommissionen mit ausländischen Staaten im Bereich der bilateralen Handelspolitik. Informationsaufbereitung und -weitergabe an die Exportwirtschaft sowie Interventionen zugunsten österreichischer Exporteure runden diese Be-

mühungen ab. Mein Ressort ist aber auch intensiv bemüht, geeignete Rahmenbedingungen zur Teilnahme Österreichs an einem größeren europäischen Wirtschaftsmarkt zu sichern. Ein gleiches gilt für die österreichischen Arbeiten im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT, wo Österreich bestrebt ist, die Rahmenbedingungen für einen liberalen Handel zu verbessern und protektionistische Tendenzen, die eine Erschwernis für österreichische Exporte bewirken würden, hintanzuhalten.

WIRTSCHAFTS- und FREMDENVERKEHRSFÖRDERUNG

Im Zeitraum 1.2.1987 bis 31.1.1988 wurden folgende Förderungsansuchen aus dem Bezirk Wiener Neustadt positiv abgewickelt:

Aktion	Anzahl der geförderten Fälle	gefördertes Kreditvolumen
Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969	30	öS 47,282.000,--
Kleingewerbekreditaktion	54	öS 18,702.000,--
Existenzgründungsaktion	7	öS 5,030.000,--
Aktion "Jederzeit warme Küche"	21	Prämien
Komfortzimmeraktion	5	Prämien
		förderbare Gesamtkosten
FAG-Aktion	2	öS 6,579.536,--

Im Bezirk Wiener Neustadt wurden im Zeitraum 1.2.1987 bis 31.1.1988 für Förderungsanträge in der Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 Zuschüsse in Höhe von öS 5,742.897,--, für Förderungsansuchen in der Kleingewerbekreditaktion Zuschüsse in der Höhe von öS 2,149.800,-- und für Förderungsansuchen in der Existenzgründungsaktion Zuschüsse in Höhe von öS 593.000,-- gewährt. Für die Prämienaktionen wurden für

- 3 -

denselben Zeitraum im Bezirk Wiener Neustadt Prämien in Höhe von insgesamt öS 294.300,-- (Aktion "Jederzeit warme Küche": öS 180.300,--, Komfortzimmeraktion: öS 114.000,--) ausbezahlt. Für die beiden positiv erledigten Förderungsansuchen in der Aktion nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG-Aktion) wurden Zuschußmittel in Höhe von öS 823.000,-- ausbezahlt.

Für den Bezirk Wiener Neustadt wurden im Jahre 1987 Zuwendungen gemäß dem Stärkeförderungsgesetz 1969, BGBl.Nr. 154/69 in Höhe von rund öS 600.000,-- gewährt.

Für das Jahr 1988 sind Zuwendungen in etwa derselben Höhe wie für 1987 vorgesehen. Für die Folgejahre können derzeit keine Prognosen abgegeben werden.

INDUSTRIEPOLITIK

Investoreninformation und Investorenwerbung

Die in meinem Ressort eingerichtete INFORMATIONENSTELLE FÜR INVESTOREN erbringt sowohl der österreichischen Wirtschaft als auch potentiellen ausländischen Investoren durch Werbemaßnahmen einerseits und Informations- sowie Vermittlungstätigkeit andererseits Serviceleistungen, die die Ansiedlung wertschöpfungs- und wachstumsorientierter Produktionsbetriebe zur Verbesserung der regionalen und sektoralen Industriestruktur bezwecken. Hierbei arbeitet die Informationsstelle eng u.a. mit den in Frage kommenden Dienststellen des Bundes und der Länder, speziell auch den Betriebsansiedlungsgesellschaften, zusammen.

Neben dem aus oben genannter Tätigkeit sich ergebenden allgemeinen Nutzen, werden von der Informationsstelle gegenwärtig folgende Serviceleistungen für den politischen Bezirk und die Stadt Wiener Neustadt erbracht:

Verwaltung von 15 Standortangeboten bzw. Kapitalbeteiligungs- und Kooperationswünschen aus dieser Region.

- 4 -

Von den in der laufenden Legislaturperiode in Evidenz genommenen potentiellen in- und ausländischen Investoren bzw. Kapital- und Kooperationsanbietern konnten 2 Kontakte zum Bezirk Wiener Neustadt hergestellt werden.

Alt- und Abfallstoffverwertung

Die von meinem Ressort unterstützte Altstoff-Sammelaktion des einzigen Vereines, der österreichweit Sekundärrohstoffe sammelt und der einschlägigen Industrie zuführt, haben im Jahr 1987 im gesamten Bundesland Niederösterreich 10.161 Tonnen Altpapier und 15.075 Tonnen Altglas erbracht.

Zusammen mit den rund 80 Tonnen sonstiger Sekundärrohstoffe, die vornehmlich in Testsammlungen aufgenommen sind, wurde somit der Müll- und Abfallberg des Landes Niederösterreich von diesem Verein um insgesamt rund 25.316 Tonnen zum Teil gefährlicher Abfälle entlastet, was einem pro-Kopf-Aufkommen von 17,73 kg entspricht. Ein entsprechender Anteil dieses Aufkommens stammte aus dem Bezirk und der Stadt Wiener Neustadt.

Um diese Aktivitäten, die der Rohstoffversorgungssicherung und dem Umweltschutz dienen, zu fördern, hat mein Ressort in den Jahren seit 1983 die Anschaffung von zusätzlichen Sammelbehältern für Altrohstoffe mit insgesamt rund 30,6 Mio. Schilling subventioniert, was auch der Dichte des Sammelnetzes im Bezugsgebiet zugutegekommen ist. Die Aufstellung dieser Sammelbehälter erfolgt nach einem von der Abfall-Sammel- und Verwertungsagentur (ASVA) erstellten Plan, in dessen Rahmen unterschiedliche Sammelsysteme Berücksichtigung finden können. Die Behälter selbst sind heimische Erzeugnisse, sodaß die genannten Förderungssummen direkt der österreichischen behältererzeugenden Industrie zugutekommen. Es ist beabsichtigt, die Anschaffung von Sammelbehältern auch weiterhin zu unterstützen, bis eine flächendeckende Bestückung des gesamten Bundesgebietes erreicht ist.

- 5 -

Zulieferungen

Mein Ressort ist seit Jahren bemüht, im Sinne einer arbeitsteiligen Wirtschaft den Umfang der Zulieferungen österreichischer Unternehmen an internationale Großkonzerne zu erhöhen. So liefern derzeit vier Firmen aus dem Bezirk Wiener Neustadt regelmäßig oder fallweise an die ausländischen Automobilhersteller zu. Jedes interessierte Unternehmen kann die Möglichkeit, über mein Ressort zu den Einkaufsorganisationen der international tätigen Konzerne die entsprechenden Kontakte herzustellen, in Anspruch nehmen. Überdies sollen diese Bemühungen zukünftig auch auf andere Industriebranchen ausgedehnt werden, woran wiederum Firmen aus dem Bezirk Wiener Neustadt profitieren könnten.

Die Vollziehung der Schrottlenkung sowie die Förderung branchenorientierter Aktionen, wie "Strukturverbesserung in der Säge- und Möbelindustrie" oder "Prüfkammerverfahren zur Messung des Formaldehydgehaltes von Spanplatten und Möbeln" daraus, kommen auch Unternehmen des gegenständlichen Bezirkes zugute.

Hinsichtlich des in der Statutarstadt Wiener Neustadt geplanten regionalen Innovations- und Gründerzentrums ist eine weitestmögliche Einbeziehung in das gesamtösterreichische Konzept beabsichtigt. Ein allfälliger Förderungsbeitrag des Bundes zur Unterstützung dieses Zentrums kann jedoch nur im Lichte der äußerst begrenzten budgetären Möglichkeiten gesehen werden.

ENERGIEPOLITIK

Förderungen nach dem Einkommensteuergesetz 1972 i.d.g.F.

Eine Bestätigung gemäß § 8 Abs. 4 Ziff. 4 EStG 1972 für die Geltendmachung der vorzeitigen Abschreibung (60 %) wurde einem Kleinwasserkraftwerk im Bezirk Wiener Neustadt erteilt.

Förderungen nach dem Energieförderungsgesetz 1979

Der Energieversorgung-Niederösterreich Aktiengesellschaft (NIOGAS) wurde in der laufenden Legislaturperiode für Gasversorgungsinvestitionen, die u.a. auch den Bezirk Wiener Neustadt betreffen, die energiewirtschaftliche Zweckmäßigkeit gemäß § 20 EnFG 1979 zuerkannt.

BUNDESHOCHBAUZu Punkt 1 der Anfrage:

In Wiener Neustadt liegen besondere Interessen des Bundes im militärischen Bereich. Allein für den Neubau des Kursgebäudes auf dem Gelände der Militärakademie wurden öS 20 Mio., für den Neubau des Wirtschaftsgebäudes mit Kesselhaus in der Maximilian-Kaserne wurden öS 7,5 Mio. in der laufenden Gesetzgebungsperiode aufgewendet. Insgesamt wurden im Bezirk Wiener Neustadt im genannten Zeitraum für Gebäude des Bundesheeres öS 41,6 Mio., für die Universität (Lehrforstgebäude Bodenkultur) öS 4 Mio., für Instandsetzungen bei Schulen öS 1 Mio. und für Instandsetzungsmaßnahmen für das Kreisgericht, das Arbeitsinspektorat, das Arbeitsamt, das Finanzamt und die Bundespolizei in Wiener Neustadt und für das Bezirksgericht Kirchschatz öS 3,6 Mio. investiert.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Neben der Fertigstellung des Kursgebäudes (Resterfordernis öS 60 Mio.) und des Wirtschaftsgebäudes in der Maximilian-Kaserne (Erfordernis noch öS 3,0 Mio.) wird im Frühjahr laufenden Jahres mit dem Neubau von 2 Mannschaftsgebäuden als Ersatzbauten in der Babenberger-Kaserne in Wöllersdorf mit Gesamtkosten von öS 78,0 Mio. begonnen. Es ist vorgesehen, dieses Bauvorhaben bis Ende 1989 fertigzustellen.

Im Bereich des Schulbaues soll der Zu- und Umbau für das Bundesgymnasium in Wiener Neustadt, Frauengasse 14, erfolgen. Die Gesamtbaukosten betragen öS 90 Mio. Nach einem Architektenwettbewerb

- 7 -

ruht derzeit die Planung für den Neubau des Bundesoberstufenrealgymnasiums in Wiener Neustadt, Schmuckerau (Kostenannahme öS 100 Mio.), ein Planungsbeginn hängt von der budgetären Entwicklung ab.

Für einen Zu- und Umbau des Kreisgerichtes werden derzeit verschiedene Planungskonzepte geprüft (Kostenannahme ca. öS 25 Mio.). Auch für das Arbeits- und Vermessungsamt in Wiener Neustadt wird geprüft, ob ein Neubau oder Zubau günstiger ist.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Der Bund hat im letzten Jahr etwa öS 50 Mio. für Hochbauten investiert, dazu kommen öS 6 Mio., die den Ländern für Planungsaufträge im Rahmen des Finanzausgleiches vergütet werden.

Da die Prioritäten der Ressorts wechseln und die Budgetentwicklung schwer absehbar ist, sind Prognosen schwer zu erstellen. Bei gleichbleibenden Voraussetzungen kann annähernd mit gleichen Ausgaben gerechnet werden, das sind bei voller Dauer der Legislaturperiode etwa öS 150 Mio., doch könnten dem Bedarf entsprechend auch öS 300 Mio. in Hochbauten investiert werden, wenn zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung kämen.

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Derzeit können im Bezirk Wiener Neustadt etwa 100 Arbeitsplätze mehr bei zusätzlichen Mitteln gesichert werden.

BUNDESSTRASSEN

Zu den Punkten 1 und 3 der Anfrage:

Auf der B 21, Gutensteiner Straße sind für das Bauvorhaben "Wöllersdorf-Waldegger Hals" Bauarbeiten im Gange. Gesamtbaukosten: öS 208,9 Mio.

Im Zuge der B 60, Leitha Straße ist das Bauvorhaben "Ebenfurth-Pottendorf" mit Gesamtkosten von öS 48,4 Mio. in Arbeit.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Als dringendstes Bauvorhaben im Bezirk Wiener Neustadt wird von der Bundesstraßenverwaltung die Niveaufreimachung der Kreuzung der B 17, Wiener Neustädter Straße mit der Eisenbahn bei Wiener Neustadt angesehen. Das Bauvorhaben Wiener Neustadt/Nord erfordert voraussichtlich Gesamtkosten von rund öS 60 Mio. Ein Baubeginn ist noch in dieser Legislaturperiode vorgesehen, wenn es die budgetäre Situation ermöglicht.

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Im Straßen- und Brückenbau können pro investierte Million unter Berücksichtigung der direkten und indirekten Effekte 1,4 Arbeitsplätze für ein Jahr gesichert werden.

WOHNUNGSWESEN

Zu den Punkten 1 und 3 der Anfrage:

Folgende Ortserneuerungsmaßnahmen wurden gefördert:

Lichtenwörth	Vorbereitende Untersuchungen "Nadelburg" öS 250.000,-- nicht rückzahlbarer Beitrag (Studie über die Sanierung einer ehemaligen Arbeitersiedlung; zugesichert im März 1987)
Wöllersdorf	Errichtung des Ortszentrums öS 5,400.000,-- Darlehen (zugesichert im Juni 1987) Verzinsung 3 %

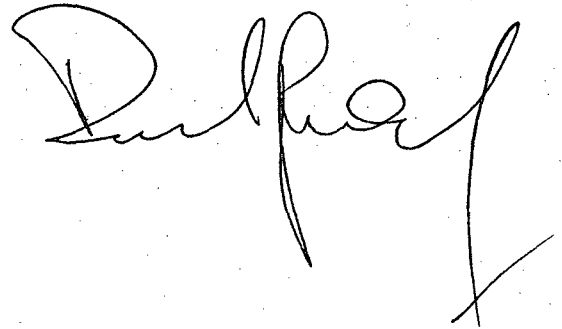
Zu Punkt 2 der Anfrage:

Da durch das Bundesverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1987, BGBl.Nr. 640/1987, die gesetzlichen Grundlagen für die Förderung

- 9 -

von Stadterneuerungsmaßnahmen sowie für die Errichtung von Startwohnungen weggefallen sind, haben der Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds und der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds mit 1. Jänner 1988 die Förderungstätigkeit eingestellt.

Dem Fonds obliegt nur mehr die Abwicklung jener Förderungsfälle, bei denen eine Zusicherung vor dem 1. Jänner 1988 erfolgte.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dulfer', is written in a cursive style. The signature is located to the right of the main text block.